

Besser unterwegs in Thüringen – Mobilitätswende mit Konzept

Beschluss des Landesparteirats BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

28.04.2018 in Neudietendorf

Der Verkehr braucht eine neue Richtung, wenn wir beim Klimaschutz die Kurve kriegen wollen. Wir wollen keine klimaschädliche Verkehrspolitik, die für schlechte Luft und betrogene Dieselbesitzer*innen sorgt und deren einzige Antwort auf Staus nur noch mehr Straßenbau lautet. Wir Grüne wollen neue Antworten auf die Mobilitätsprobleme von heute und morgen geben und machen uns für eine moderne Verkehrspolitik stark.

Wir begreifen Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge und zugleich als ein universelles Menschenrecht, welches es für alle zu ermöglichen gilt. Keine leichte Aufgabe, sieht doch die Realität zu oft so aus:

Sich durch die Orte wälzende Autoschlangen, zugeparkte Straßen und Plätze, Lärm und Abgase überall. An den Rand gedrängt ausgerechnet die Menschen, die sich umweltgerecht fortbewegen: die Fußgänger*innen, Radler*innen, Bus- und Bahnfahrer*innen.

Wer in der Zukunft ankommen will, ist grün und intelligent unterwegs. Elektromobilität auf der Basis erneuerbarer Energien wird unsere Züge, Straßenbahnen, Autos und Pedelecs antreiben. Je nach Bedarf und Angebot wählen wir das passende Verkehrsmittel aus, kombinieren miteinander und teilen.

Die Fahrt geht ins Grüne – und das lohnt sich. Unsere Städte werden lebenswerter, unsere Regionen attraktiver und stärker, wenn wir auf Züge und Busse nicht lange warten müssen, Radwege sicher sind und emissionsfreie Autos überall bequem geladen werden können. Die Technologien sind ebenso vorhanden wie das Wissen, dass unser Planet den Umbau des Verkehrssystems braucht.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen bei Klima, Artensterben, Schadstoffausstoß und Gesundheitsbelastung, wissenschaftlicher Mahnrufe und aktueller politischer Debatten müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass sich trotz der grünen Regierungsbeteiligung in Thüringen an der grundlegenden Verkehrspolitik bis auf wenige Nuancen nichts geändert hat. Es gilt offen einzugestehen: Den Ansprüchen, Notwendigkeiten und Erwartungen ist das für Verkehr zuständige Ministerium bisher nicht ausreichend gerecht geworden!

I. Wir wollen die Verkehrswende anpacken und fordern daher mit Nachdruck:

- einen thüringenweiten Verkehrsverbund
- als Vorstufe ein thüringenweites Ticketsystem
- die Erprobung des ticketlosen ÖPNVs in einem Modellprojekt
- die Einführung eines landesweiten vergünstigten Azubi-Tickets
- die bessere Abstimmung der Anschlussverbindungen zwischen Fern- und Nahverkehr von Bahn und Bussen im Sinne des ThüringenTakts
- den Verzicht auf weitere Streckenstilllegungen oder Verkehrsabbestellungen
- ein faires verbrauchsbasiertes Abrechnungssystem für Elektroladesäulen

Aktuell werden in Thüringen nur 7 Prozent aller Wege mit dem ÖPNV zurückgelegt. Zu hoch empfundene Preise und eine unzureichende Taktung und Verknüpfung verhindern immer noch zu oft den Umstieg. Gerade für Gelegenheitsnutzer stellt der Tarifdschungel eine hohe Hürde dar. Um hier voranzukommen, brauchen wir dringend eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Zuständigen für Bahn und Bus, in Stadt und Land.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen setzen sich hier für den Grundsatz „ein Fahrplan, ein Tarif, ein Verkehrsverbund“ ein. Ein landesweiter Verkehrsverbund mit attraktiven, familienfreundlichen Tarifen ist und bleibt weiterhin unser Ziel.

Die Landesregierung muss ihre Anstrengungen verstärken, um zügig einen landesweiten Verkehrsverbund, basierend auf den Erfahrungen des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT), zu etablieren. Dies kann nur unter Einbeziehung sämtlicher ÖPNV-Unternehmen sowie der dahinterstehenden Städte und Kreise gelingen.

Als ersten Schritt sehen wir hier die Einführung eines thüringenweit einheitlichen Ticketsystems. Zu dessen Durchsetzung sollten die Fördermittel des Landes an die Bedingung gekoppelt werden, dass die Unternehmen sich an diesem Ticketsystem beteiligen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern, den Wirrwarr der unterschiedlichen Nahverkehrstarife schnellstmöglich zu beenden. Alle Aufgabenträger*innen sind in der Pflicht, sich auf ein einheitliches Tarifsystem zu einigen. Dieses Tarifsystem muss einfach, übersichtlich und gerecht sein. Es muss Anreize zum Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr setzen. Denn für die Menschen zählt vor allem eines: Es muss einfach sein, das passende Ticket zu lösen. Gar kein Ticket, in Form einer Flatrate, ist dabei die einfachste Form des Tickets.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern deshalb, in einem Modellprojekt zu untersuchen,

inwieweit ein ticketloser Nahverkehr möglich ist. Dabei sollen insbesondere die möglichen Finanzierungsmodelle, ob beispielsweise als Flatrate oder durch eine solidarische Mobilitätsabgabe aller Bürger, sowie die Umweltauswirkungen eines ticketlosen ÖPNV in diesem Modellprojekt untersucht werden.

Für die Menschen steht heute das Vorankommen und nicht mehr das Verkehrsmittel selbst im Mittelpunkt ihrer Mobilität. Daher muss auch die uns bekannte Trennung zwischen öffentlichen Angeboten und Individualverkehr überwunden werden. Für uns ist klar, dass wir den ÖPNV mit Car- und BikeSharing-Angeboten vernetzen müssen. Die Zukunft liegt in der nahtlosen und bequemen Kombination verschiedener Verkehrsmittel.

Voraussetzung bleibt, dass die Anschlussverbindungen des Fern- und Nahverkehrs der Bahn untereinander und mit den regionalen Bus- und Straßenbahnverbindungen besser aufeinander abgestimmt werden.

Zum Regelfall muss werden, dass es zu jedem einfahrenden Zug auf jedem Bahnhof oder Haltepunkt einen direkten Anschluss in die umliegenden Orte gibt. Dort finden auch alternative Bedienmodelle wie Rufbus und Anrufsammeltaxi ihr passendes Einsatzfeld, ggf. sogar mit flexiblen Haltestellen auf der „letzten Meile“.

Dies kann nur gelingen, wenn wir auf einem bestehenden Schienen- und Verbindungsnetz aufbauen. An erster Stelle bedeutet dies eine Abkehr von weiteren Streckenstilllegungen und Verkehrsabbestellungen. An zweiter Stelle folgt daraus der Erhalt bereits stillgelegter regionaler Bahninfrastruktur durch den Abschluss von Trassensicherungsverträgen zwischen dem Land und den jeweiligen Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Es darf grundsätzlich keine weitere Entwidmung von Eisenbahnverkehrsflächen mehr geben, die künftig dem Ziel einer Verkehrswende im Personen- und Güterverkehr dienen können.

Uns ist aber klar, dass wir im Flächenland Thüringen auch weiterhin einen hohen Grad an motorisiertem Individualverkehr haben werden. Unser Ziel ist es, mit weniger Kraftfahrzeugen und besserer Auslastung (Stichwort CarSharing) den Verkehr zu verringern, ohne Mobilität einzuschränken. Mit besseren Verkehrskonzepten können wir mittelfristig in den Städten auf zwei Drittel des PKW-Verkehrs verzichten. Und auch im ländlichen Raum ist es möglich, ein Drittel der PKW-Fahrten durch bessere Mobilitätsangebote – wie innovative Sharing-Konzepte, etwa Ridesharing über eine Mitfahrbank – zu reduzieren.

Die unvermeidbaren Fahrten müssen schnell klimaneutral werden. Das ist zeitnah nur mit batteriebasierter Elektromobilität möglich. Auf längere Sicht wird diese durch regenerativ erzeugten Wasserstoff und Methan ergänzt. Hierfür steht im Zuge der Sektorkopplung voraussichtlich in den 2030er Jahren ausreichend Spitzenstrom aus regenerativen Quellen zur Verfügung. Die Forschung auf diesen Feldern muss an Thüringer Hochschulen und

Universitäten weiter hohe Priorität haben.

Mit der Ladesäulenstrategie und der Förderung von Elektrobussen durch das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN) haben wir vorbildliche Grundlagen für einen zügigen Umstieg auf die klimafreundliche und lokal schadstoffarme Mobilität geschaffen. Mit der thüringenweiten Kopplung an das Abrechnungssystem „Ladenetz“ ist eine einheitliche Grundlage für den wirtschaftlichen Betrieb von Ladesäulen gelegt. Allerdings fordern wir das Bundesamt auf, den Weg schnell für eine faire, transparente und verbrauchsorientierte Abrechnung durch die Anbieter frei zu machen. Trotz einer Vielzahl von Ladesäulen behindert der derzeitige Tarifschaubild die Entwicklung der Elektromobilität mehr, als dass er Menschen zum Umstieg auf diese Zukunftstechnologie bewegt.

Die notwendigen Investitionen in den Kommunen in Infrastruktur und Elektrobusse muss das Land selbstverständlich weiter bezuschussen. Der Investitionsstau muss in diesen Bereichen dringend abgebaut werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen ist bewusst, dass die Verkehrswende nicht allein mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umzusetzen sein wird. Ein Plan, ein Konzept über 2019 hinaus, muss her! Für uns ist klar, dass die folgenden Maßnahmen Bestandteil eines solchen Konzepts sein müssen.

II. Wir wollen die Verkehrswende in Thüringen mittelfristig durch die folgenden Maßnahmen umsetzen:

- die Einführung eines JugendTickets und eines SeniorenTickets
- die Einführung des ThüringenTakts
- die schnelle Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung
- die Elektrifizierung und Modernisierung weiterer Strecken
- die Integration der Pfefferminzbahn in ein regionales Nahverkehrskonzept von Sömmerda bis Jena
- die Einbindung des geplanten IC-Kreuzes Jena in einen attraktiven Nahverkehr
- die Einführung eines S-Bahntakts um Erfurt und Jena mit neuen Haltepunkten
- die größtmögliche Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße zurück auf die Schiene
- die Förderung der Forschung an Batteriespeichern und angrenzenden Technologien in Thüringen
- den Bau von Schnellradwegen

- die Abschaffung der Stellplatzpflicht für Autos bei Neubauten in der Thüringer Bauordnung
- die stärkere Förderung und Umsetzung von Fußwegekonzepten
- die Ausweisung verkehrsberuhigter Zonen zur Sicherstellung der Schul- und Freizeitwege von Kindern und Jugendlichen
- die Errichtung von P+R-Plätzen am Stadtrand, deren Parktickets zur kostenfreien ÖPNV-Nutzung in der Stadt berechtigen
- die Entwicklung von Konzepten für klimafreundliche Nahbereichs-Logistik

Günstiger ÖPNV für Jung und Alt

Mit einem thüringenweiten Ticketsystem wird auch die Einführung eines Jugendtickets in Thüringen leichter. Aktuell müssen Schüler*innen der Sekundarstufe II (Gymnasium ab Klasse 11 und berufsbildende Schulen), Auszubildende und Freiwilligendienstleistende für die anfallenden Fahrtkosten zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz selbst aufkommen. Thüringen sollte sich hier Hessen zum Vorbild nehmen. Dieses bietet Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden die Möglichkeit, für 1 Euro pro Tag (365 Euro pro Jahr) hessenweit den ÖPNV zu nutzen. Das Defizit trägt während der dreijährigen Erprobungsphase das Land. Dieses Modell sollten wir für Thüringen adaptieren.

Dabei nehmen wir bereits die Erweiterung durch ein landesweit einheitliches Seniorenticket als nächsten sinnvollen Schritt in den Blick. Senior*innen sind auf eine gute und bezahlbare Mobilität im Ländlichen genauso wie im Städtischen angewiesen. Deswegen sind sie die Gruppe, die am meisten den PKW nutzt. Um Alternativen für den Umstieg zu bieten, ist das thüringenweite Seniorenticket ein Angebot, um die nötige Flexibilität und Mobilität anbieten zu können. Mit einem einheitlichen Ticket und weitestgehender Barrierefreiheit im gesamten Freistaat können wir den ÖPNV attraktiver machen und noch mehr Senior*innen davon überzeugen, komfortabel und bezahlbar Busse und Bahnen zu nutzen.

In einem abschließenden Schritt wollen wir mit dem Thüringer Bürgerticket den ÖPNV thüringenweit attraktiver und preisgünstiger gestalten.

Alle Erwachsenen sollen mit einer günstigen Flatrate thüringenweit den ÖPNV nutzen können.

Zur Finanzierung des zu erwartenden Defizits bitten wir die Landtagsfraktion ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, welches auch die Streichung von klimaschädlichen Subventionen im Verkehr auf Bundes- und Landesebene einbezieht.

Die dadurch verstärkte Nutzung des ÖPNV wird auch dazu dienen, die Emissionen in den

Kommunen durch PKW-Verkehr zu reduzieren und die Schadstoffgrenzwerte der Luft einzuhalten. Notwendige zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur sollen durch eine neue Schwerpunktsetzung des Bundes zugunsten der Regionalnetze finanziert werden.

Pendeln und Reisen im ThüringenTakt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in der Landesregierung erfolgreich für die Einführung des Landesbusnetzes eingesetzt. Dieses garantiert qualitativ hochwertige Busverbindungen zwischen ausgewählten Verknüpfungspunkten mit mindestens acht Buspaaren am Wochentag und garantierten Anschlüssen an den Bahnhöfen.

Unser Ziel ist es, alle Mittel- und Oberzentren sowie weitere wichtige Orte mit- und untereinander durch Expressverbindungen zu verknüpfen, und zwar auf Schiene bzw. Straße. Hierfür ist das Netz der „landesbedeutsamen Buslinien“ weiter auszubauen, zu verdichten und konsequent mit den Regionalexpresszügen der Eisenbahn auf der Basis des von uns maßgeblich erarbeiteten Erfolgsmodells, des ThüringenTakts, zu verknüpfen.

Der ThüringenTakt sorgt für eine gute Erschließung aller Regionen mit Bus und Bahn. Beispielsweise garantiert er einen Stundentakt zwischen allen Ober-, Mittel- und Grundzentren. Entscheidend sind dabei optimierte Fahrzeiten und gelingende Umsteigebeziehungen, die eine Konkurrenzfähigkeit zum motorisierten Individualverkehr ermöglichen. Baumaßnahmen zur Geschwindigkeitserhöhung sind demgemäß zu priorisieren. Dieser Ausbau wird zu einem Anstieg der ÖPNV-Nutzung führen, da alle Verbindungen (vom ICE bis zum Bus) miteinander verknüpft sind und längere Umsteigezeiten wegfallen. Der ThüringenTakt wird insbesondere für den ländlichen Raum zumindest eine hilfreiche Ergänzung zum Individualverkehr darstellen.

Hierfür muss das gesamte heutige Liniennetz des Regionalbusverkehrs so aufgebaut werden, dass es der Schaffung durchgängiger Verkehrsangebote dient, wie das auch im Thüringer ÖPNV-Gesetz vorgegeben wird. Das Kirchturmdenken 'mein Landkreis – mein Busverkehr' muss beendet werden.

Alle Verantwortlichen müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Es gilt, die gestalterische Kompetenz zu bündeln. Damit es den ThüringenTakt tatsächlich geben kann, ist Kooperation und Mitwirkung aller Aufgabenträger*innen in den Landkreisen, den kreisfreien Städten und der Landesregierung gefordert.

Entscheidend für die Umsetzung ist die Wahrnehmung der Verantwortung durch das Land, welches sich sich viel mehr koordinierend zwischen den Verbänden und Landkreisen engagieren muss.

Für eine bessere Vertaktung ist es zudem notwendig, die Planung des

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und der landesbedeutsamen, überregionalen Buslinien in die Hand einer eigenständigen Bestellerorganisation nach dem Vorbild erfolgreicher Bundesländer zu legen. Die Angliederung der Nahverkehrsservicegesellschaft NVS an das TMIL betrachten wir als Interimslösung.

Fortentwickelt und verdichtet werden muss auch das RegionalExpress-Netz, um schnelle Verbindungen zwischen den räumlichen Zentren aller Landesteile sowie der Nachbarländer umfassend und noch besser zu ermöglichen.

Hier setzen wir uns für die Wiedereinführung eines ganztägig vertakteten Schienenfernverkehrs auf der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Saalbahn mit einem neuen Intercitykreuzungsbahnhof in Jena ein, den die durch uns GRÜNE maßgeblich mit initiierten Bahnbündnisse als Erste gefordert haben.

Pendler*innen fordern zu Recht schnelle Umstiegsmöglichkeiten vom Auto zum ÖPNV. Dafür brauchen wir in Thüringen mutige und zukunftsweisende Lösungen. Dazu gehört auch die Einführung eines S-Bahn-ähnlichen Taktsystems auf den Hauptachsen rund um Erfurt und Jena mit Errichtung neuer Halte an Siedlungs- und Gewerbeschwerpunkten. Wir wollen hierzu nicht nur eine Debatte anregen, sondern über mögliche Lösungsstrategien mit den Akteur*innen in Stadt und Land ins Gespräch kommen.

Ergänzend zum ÖPNV müssen das Parken angemessen bepreist und an den Stadträndern P+R-Plätze geschaffen werden, um den Umstieg für Pendler*innen vom PKW auf Bus und Bahn attraktiver zu machen. Ziel ist die Entlastung der Städte vom Pendlerverkehr. Uns Grünen ist klar, dass solche Angebote sowohl den Menschen in der Stadt als auch aus den umliegenden Regionen Anreize bieten müssen. Die Verkehrsträger und -anbieter wiederum müssen ihre Aufwendungen bezahlt bekommen. Wir sehen in der Umsetzung noch Klärungsbedarf, wollen diese Diskussionen aber mit allen Interessierten intensiv führen.

ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge definieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern die verbindliche Definition eines ÖPNV-Grundangebotes. Wir sind der Auffassung, dass eine stündliche Anbindung mindestens jedes Ortes mit 3000 Einwohner*innen zwischen 5 und 20 Uhr als Teil der Daseinsvorsorge notwendig ist. Dieses Grundangebot muss durch Spät- und Wochenendverbindungen ergänzt werden, ggf. auch durch Nutzung so genannter alternativer Bedienformen wie Rufbusse oder Linientaxis. Eine enge Verknüpfung zu kleineren Orten sollte mindestens so gestaltet sein, dass jede Ortschaft an jedem Tag mit Hin- und Rückfahrt erreichbar ist.

Dieses Grundangebot muss verbindlich durch Landesgesetzgebung definiert und durch entsprechende Mittel für die Aufgabenträger*innen auch entsprechend des Konnexitätsprinzips flankiert werden.

Hierzu regen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen ein Modellprojekt für die Mobilitätswende im Thüringer Wald an, welches mehrere Landkreise umfasst. Eine Vielzahl einstiger, nun zu reaktivierender und noch betriebener Bahnstrecken, die zudem schon für sich potenzielle Tourismusziele sind, ließen sich mit verbindenden Buslinien zu einem einzigartigen Nahverkehrsnetz verknüpfen, welches sanfte Mobilität möglich macht. Dies wird als ein weicher Wirtschaftsfaktor dem Thüringer Wald zu einem weiteren passgenauen Alleinstellungsmerkmal verhelfen.

Der nächste Schritt muss dann einen Quantensprung im Nahverkehr Thüringens darstellen. Wer die Verkehrswende will, muss bereit sein für mutige Schritte: Wir wollen mittelfristig möglichst allen Thüringerinnen und Thüringern eine Mobilitätsgarantie in einem attraktiven wie verlässlichen Nahverkehrssystem geben.

Hierzu fordern wir die Landesregierung auf, ein ÖPNV-Landesgrundnetz für den Zielzustand 2025 bzw. 2030 zu definieren, mit dem in einem ersten Schritt mindestens 90 Prozent aller Einwohner*innen Thüringens angebunden werden.

Bahninfrastruktur modernisieren und ausbauen

Ein Gelingen der Verkehrswende kann es nur geben, wenn wir eine anforderungsgerechte Infrastruktur schaffen. Einschränkungen des Nahverkehrsangebots, wie zuletzt auf der Pfefferminzbahn, sind rückgängig zu machen. Zudem sind lange diskutierte Lückenschlussprojekte wie auf der Höllental-, oder der Werrabahn endlich umzusetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern dazu auf, die Schienenstrecken zu sanieren, zu erweitern, auszubauen und zu elektrifizieren. Dazu braucht es eine eng mit den Eisenbahninfrastrukturunternehmen abgestimmte Netzentwicklungskonzeption, deren Umsetzung auch überwacht wird. Schnellstmöglich müssen weitere Kilometer Fahrleitung gezogen werden, als erstes auf der Elektrifizierungslücke der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gößnitz, sowie zwischen Gotha und Leinefelde.

Wir fordern weiter den gezielten Ausbau neuer Infrastruktur mit Landesförderung, um Güterverkehr wieder auf die Schienen zu bringen. Dazu gehört die Förderung von Gleisanschlüssen außerhalb der Bundesförderung sowie der Erhalt und die Sanierung bestehender Anschlussbahnen und der Bau von Freiladegleisen.

Das Land muss bei allen SPNV-Ausbauvorhaben die spezifischen Interessen des Schienengüterverkehrs berücksichtigen. Dazu wird vom Land ein „runder Tisch“ Schienengüterverkehr eingerichtet, an dem Güterbahnen, Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Unternehmen der verladenden Wirtschaft und Vertreter*innen des Landes zusammengebracht werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Potentialuntersuchung zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene zu beauftragen, mit der gleichzeitig Instrumente zur Förderung des Schienengüterverkehrs entwickelt werden. Dazu zählt auch die Bedarfsabschätzung und Machbarkeit so genannter Railports („Güterbahnhof 2.0“) in Thüringen.

Wir wollen mehr Rad- und Fußverkehr, denn er ist gesund, ökologisch und preiswert

Die mit Abstand umweltfreundlichsten Verkehrsmittel sind das Fahrrad und die eigenen Füße. Der Fuß- und Fahrradverkehr muss endlich den Raum bekommen, der ihm zusteht. Dem gilt es in der Landes-, Stadt- bzw. Regionalplanung Rechnung zu tragen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern gleichen öffentlichen Raum für alle Verkehrsteilnehmer*innen, unabhängig vom gewählten Fortbewegungsmittel. Die Straßen sind für alle Fortbewegungsmittel da.

Dabei bewirkt eine Entschleunigung des motorisierten Verkehrs mehr Sicherheit für alle, sollte die Regel sein und auf kommunaler Ebene entschieden werden.

So können Städte, ergänzt um Spiel-, Kultur-, Grün- und Begegnungsflächen, wieder zu Erlebnisräumen werden.

Laut einer Studie "Mobilität in Deutschland" (MiD 2008) der Bundesregierung werden in Thüringen 30 Prozent der Wege zu Fuß zurückgelegt, aber nur vier Prozent mit dem Fahrrad. Unsere Städte und Landstraßen müssen deshalb rad- und fußgängerfreundlicher gestaltet werden, um eine ökologische Verkehrswende herbeizuführen.

Die Landesregierung fördert über das Förderprogramm Klimainvest erfolgreich Radwegekonzepte und Fußverkehrskonzepte in Kommunen. Auf dieses Programm wollen wir aufsetzen und auch die Umsetzung der daraus entstehenden Konzepte unterstützen. Jeder zehnte Euro für landesweiten Straßenbau steht für diesen Ausbau zur Verfügung. Das Zu-Fuß-Gehen wollen wir dabei durch ausreichend breite und attraktive Wegeverbindungen stärken.

Den Radverkehr wollen wir darüber hinaus durch kommunale Radverkehrspläne, Radverkehrsbeauftragte und die Ausfinanzierung von Radverkehrsprogrammen stärken.

Auch hinter dem „letzten Haus“ braucht es eine Offensive für das Fahrrad als dem individuellen Beförderungsmittel der Zukunft. Verleihsysteme und Bike-and-Ride-Plätze müssen zum Standard werden, überall im Land!

Das erfordert mehr Geld für Radinfrastruktur wie Radwege in und zwischen den Orten, Abstellplätze und eine verstärkte Aufmerksamkeit auf Sicherheit für Radfahrer*innen. Die vorhandenen Förderprogramme wie Klimainvest für Radwege, Rad- oder Fußverkehrskonzepte in Kommunen wollen wir verstärken. Auch die Umsetzung der Konzepte muss unterstützt werden.

Darüber hinaus fordern wir den Bau von Schnellradwegen. Diese sollen Pendler*innen eine attraktive und gesunde Alternative zum Auto ermöglichen und so die Stadt-Umland-Beziehungen stärken. Aus unserer Sicht ist der Ausbau von Schnellradwegen gerade in und um Städte sinnvoll. Ein Vorbild stellt z.B. die 2012 eröffnete und 17,5 Kilometer lange Supersti in Dänemark dar, welche die Kommune Albertslund mit dem Zentrum von Kopenhagen verbindet.

Die Thüringer Städtekette soll zu einer Schnell-Rad-Piste ausgebaut werden. Gemeinsam mit einer Expressbahnlinie und der Regio-S-Bahn kann die Achse von Eisenach über Gotha, Erfurt, Weimar, Jena und Gera nach Altenburg zum Musterbeispiel einer Mobilitätskonversion werden. Neben einer Autobahn soll auch ein leistungsfähiger Schienenstrang und ein Radschnellweg die Thüringer Städtekette verbinden!

Fahrradfahrer*innen haben den berechtigten Anspruch, ihr Fahrrad in Bus und Bahn jederzeit mitnehmen zu können. Diese Fahrradmitnahme ist in den Nahverkehrszügen für die Zukunft zu sichern und weiter auszubauen. Darüber hinaus muss die Mitnahme von Fahrrädern auch in Bussen gewährleistet werden.

Wir wollen Städte für Menschen und nicht nur für Autos

Die Stellplatzpflicht in der Thüringer Bauordnung ist ein Relikt aus dem vorherigen Jahrhundert. Die Kommunen und Investor*innen können selbst am besten entscheiden, ob und wie viele Stellplätze sie für Mieter*innen und Käufer*innen anbieten, beziehungsweise ob Mieter*innen und Käufer*innen für die Errichtung von Stellplätze höhere Preise für Mieten und Wohnungen zahlen wollen. Mit dem Wegfall der Stellplatzpflicht stärken wir die kommunale Selbstverwaltung und bauen überflüssige Bürokratie ab. Vor allem in den Innenstädten verteuerten Tiefgaragenstellplätze oder die alternativ zum Stellplatzbau zu entrichtende Stellplatzabgabe den Wohnungsbau, was insbesondere im sozialen Wohnungsbau oder für Familien nicht zu akzeptieren ist. Zugleich unterstützen wir damit den Trend zu weniger motorisiertem Individualverkehr in unseren Innenstädten und reduzieren damit Lärm, Abgase, Stress und Gefahren für die Bürger*innen. Die Stellplatzpflicht für Fahrräder muss erhalten oder erweitert werden, ebenso brauchen wir bei Neubauten in ausreichender Anzahl und Größe Stellplätze für Menschen mit schwerer Gehbehinderung und für Rollstuhlnutzer*innen.

Wir fordern und fördern den Umstieg auf Elektromobilität und klimaneutrale Antriebsarten

Thüringen ist ein ländlich geprägter Flächenstaat. Ein möglichst vollständiger Umstieg auf öffentlichen Verkehr kann aus vielfältigen Gründen nicht umgehend und nicht vollständig gelingen.

Im ländlichen Raum wird das Auto auch weiterhin wesentlicher Bestandteil der Mobilität

bleiben. Um den Menschen vor Ort auch zukünftig sichere Verkehrswege bieten zu können, liegt unser Augenmerk eindeutig auf dem Erhalt der vorhandenen Straßen statt des Neubaus. Die vorhandene Infrastruktur muss in gutem Zustand gehalten werden und regelmäßig auf Notwendigkeit und Funktionalität überprüft werden.

Unser Ziel muss es jedoch sein, die verfügbaren Fortbewegungsmittel besser zu nutzen und möglichst klimafreundliche Antriebe zu verwenden.

Daher ist in alle Aktivitäten eine umfassende Elektrifizierungsstrategie einzubinden. Abgasfreie Antriebe müssen sowohl bei Schiene als auch Straße das Maß der Dinge werden.

Elektromobilität ist nirgends so effektiv umzusetzen wie auf der Schiene. Das gilt auch für den Fern- und Nahverkehr in Thüringen, der ökologischer werden muss. Noch immer ist das Streckennetz Thüringens nur zu gut einem Drittel elektrifiziert. Hier muss sich etwas ändern. Nach jahrezehntelangem Kampf wird nun endlich die Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) von Weimar bis Gößnitz durchgängig elektrifiziert. Die Landesregierung fordern wir auf, das weitere Verfahren schnell zu klären, damit mit der Planung und dem Bau begonnen werden kann. Als nächsten Schritt sehen wir die Elektrifizierung der Verbindung Leinefelde – Gotha.

E-Bikes bzw. Pedelecs oder elektromotorunterstützte Lastenräder bieten die Ergänzung zu vorhandenen oder angeregten öffentlichen Mobilitätsangeboten.

Gerade in den größeren, aber durchaus auch in kleineren Städten können Angebote des Auto-Teilens (CarSharing) den öffentlichen Verkehr zielgerichtet ergänzen. Die umfassende Verfügbarkeit eines anderen Verkehrsmittels ist der entscheidende Hebel zum Stehenlassen des eigenen Automobils.

Als weiteren Schritt brauchen wir in Thüringen Förderprogramme für die Nahbereichs-Logistik in den Städten, um diese emissionsfrei zu bekommen. Die Deutsche Post AG zeigt mit ihren elektrischen Postautos, dass dies schon jetzt preisgünstig und effizient geht.

Wir brauchen die Mobilitätswende. Sie ist ein unverzichtbares Element, um die ökologischen Grundlagen des Lebens zu erhalten! Gleichzeitig hat sie eine grundlegende Sozialfunktion für die gesamte Gesellschaft. Deshalb: Lasst uns anpacken, was es anzupacken gilt.